

20 Jahre deutsche Einheit

Lesen Sie auf Seite 3: Interview mit Wolfgang Thierse

FREIRAUM UND UNORDNUNG ALS GEBOT DER STUNDE!

Ein Plädoyer für flexible Stadtentwicklung



von Knaack- oder ICON-Club beweisen das. Eine lebendige Subkultur machte in den 1990er Jahren die Attraktivität des Bezirks aus. Bis heute zieht sie neue Bewohner an.

Der Bezirk Pankow hat eine erfreuliche Entwicklung genommen. Ganze Straßenzüge wurden in wenigen Jahren umgestaltet und erstrahlen in neuem Glanz. Besonders augenfällig ist das im Prenzlauer Berg. Dieser Prozess war gewollt und wurde üppig gefördert. Doch es gibt auch Schattenseiten. In vielen Quartieren hat sich die Bevölkerung seit 1990 nahezu ausgetauscht. Häufig ging die städtebauliche Aufwertung zu Lasten von Geringverdienern und älteren Menschen. Neudeutsch nennt man das Gentrifizierung. Ihr Gegenstück ist soziale Verdrängung. Und beides schreitet unverändert voran. Die SPD in Pankow hat deshalb im Frühjahr einen Schuttschirm für Mieter initiiert, der Sozialpläne und Grenzen für Luxussanierungen vorsieht. Unlängst beantragten die Sozialdemokraten ähnliche Vorgaben für einen Komplex rund um die Straßburger Straße im südlichen Prenzlauer Berg. Dies alles wird und soll die beschriebene Entwicklung nicht gänzlich aufhalten. Allerdings kann Politik steuern und Betroffenen wirksamer helfen, als viele meinen. Die benannten Maßnahmen zeigen das.

Mittelmäßigkeit droht

Doch damit nicht genug. Die Gentrifizierung droht sich auch in ihren positiven Formen selbst zu beschädigen. Konflikte um die Schließung

Inzwischen stoßen sich viele von ihnen an Klubs und Gastronomie. Das ist individuell verständlich, wenn nächtlicher Lärm die Ruhe stört. Für den Bezirk und die Menschen, die ihn schätzen, kann das aber dramatische Folgen haben. Denn finden wir keinen Ausgleich, der Vielfalt und Lebensqualität miteinander verbindet, droht gediegene Ruhe und Mittelmäßigkeit.

Kulturschutz wird notwendig

Nach dem Mieterschutzschirm müssen wir daher einen Kultur- und Gewerbeschutz erfinden. Er soll Anwohnerinteressen berücksichtigen und Orte der Kunst und Kultur bewahren. Dabei geht es nicht um finanzielle Förderung. Viel wichtiger ist die Schaffung städtebaulicher Freiräume. Politik und Verwaltung müssen mehr als bislang alternative Konzepte und Platz für freie und weniger rentierliche Nutzungen unterstützen. Das gilt für den Knaack- und ICON-Klub ebenso wie für den Mauerpark. Was vielen als Lärmkultur, Schmutzdecke und Sozialromantik gilt, ist zum Schutzgut geworden. Ein Entwicklungsfaktor war es schon immer. Deshalb muss unser Bezirk auch Freiräume und Unordnung verteidigen, will er seiner weiteren Entwicklung nicht die Basis rauben!

Alexander Götz,
Kreisvorsitzender der SPD Pankow

VERDRÄNGUNG UM JEDEN PREIS?

Mit dem ICON im Prenzlauer Berg soll wieder ein Club schließen

Nachdem mit dem Knaack-Club wieder eine Club-Institution in Prenzlauer Berg den neu zugezogenen Nachbarn weichen muss, folgt ihm schon der nächste: Das ICON, eine Berliner Institution in der Drum'n'Bass- und Elektro-Szene, soll zum Jahresbeginn schließen. Anlass – so das Bauamt – sind Nutzungskonflikte mit Bewohnern eines benachbarten Lückenbaus. In der BVV und der Öffentlichkeit wird Widerspruch laut. Es geht um mehr als nur einen weiteren Club, sondern um die Frage: Welchen Prenzlauer Berg wollen wir haben?



Das ICON ist ein beliebter Club im Prenzlauer Berg.



Ein Neubau gefährdet die Disco.

Das ICON begann wie viele Clubs im Prenzlauer Berg als Provisorium. In der ehemaligen Groterjahn-Brauerei nahe dem Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark entwickelte sich dann über viele Jahre hinweg ein Club für die Drum'n'Bass- und Elektro-Szene, der über Berlin hinaus in ganz Europa bekannt ist und in Tourismusbroschüren beworben wird. So zieht das ICON viele Besucher an: Im Club hört man neben Deutsch auch Spanisch, Englisch, Italienisch, Französisch etc. Trotz dieser Bedeutung bietet der ICON-Club einen ganz eigenen Charme jenseits des Mainstreams und jungen DJs Raum und Chancen für Auftritte. Für das Bauamt aber zählt das alles nicht. Die Baulücke neben dem ICON wurde Anfang des Jahres durch einen Neubau geschlossen. Aufgeschreckt dadurch, dass ein Anwohner Akteneinsicht beantragte, prüfte das Bauamt ohne konkreten Anlass die Genehmigung und entzog sie den Betreibern zum 1. Januar. Das Gebiet um den Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark sei „wohnungstypisch“ und damit seien „Vergnügungsstätten“ wie das ICON nicht zulässig. Anders als beim Knaack-Club wird dem ICON jedoch nicht der Lärm zum Verhängnis. Das hat das

Bauamt nicht zu beanstanden: Für mehrere tausend Euro hatte der Betreiber für den Lärmschutz entsprechend gesorgt. Es sind die Wartenden vor dem ICON, die den Ausschlag gaben. „Wenn man das zum Maßstab nimmt, könnte man fast den ganzen Prenzlauer Berg dichtmachen.“ so Max E. Neumann, Bürgerdeputierter im Ausschuss für Kultur der BVV Pankow und Vorsitzender des Kulturforums Nordost. Und so hat sich in Öffentlichkeit und BVV Pankow Widerstand gegen die Entscheidung formiert, die Bezirksverordneten reagierten mit Unverständnis: Sie sahen die Entscheidung als nicht nachvollziehbar an und am Ende musste der Amtsleiter Fehler einräumen. Ähnlich stark die Reaktion in der Öffentlichkeit: Unterstützer des ICONs haben sich zusammengeschlossen, sammeln Unterschriften gegen die Schließung und zeigen im zuständigen Ausschuss und der BVV ihre Unterstützung. Die Reaktionen sind so stark, weil es nicht mehr nur um das ICON geht. - Das ICON steht in einer längeren Reihe von Clubschließungen, die mit dem Wandel des Prenzlauer Bergs zu tun haben. Dafür gibt es drei Gründe: erstens steigende Mieten, die Clubbetreiber sich

dauerhaft nicht leisten können. Viele Clubs, wie das Magnet, sind schon nach Friedrichshain abgewandert. Zweitens Nutzungskonflikte mit Anwohnern wie im Falle des Knaack-Clubs. Das betrifft meist die neu zugezogenen, die häufig wegen des Rufs und der besonderen Atmosphäre in den Prenzlauer Berg kamen – aber nicht mit den damit verbundenen Randerscheinungen leben möchten. Besonders konfliktverschärfend drittens: das Bauamt. Es versteht im Pankower Kontext die Bedeutung der Club- und Kulturlandschaft des Prenzlauer Bergs nicht. Es genehmigt Neubauten, ohne den bestehenden Clubs ausreichend Bestandsschutz zu bieten. Der Konflikt ist vorprogrammiert, die Betreiber werden damit meist allein gelassen. Hier steht der zuständige Stadtrat und Abteilungsleiter Michael Nelken in der Pflicht, damit das ICON bleiben kann und sich diese Fälle nicht wiederholen. Sonst wird wahr, was eine Unterstützerin des ICON auf dessen Website fürchtet: „bald leben wir hier in einer idyllischen Vorstadt ... ganz große Leistung vom BA Pankow und Senat!“

Markus Roick
Vorsitzender der SPD Falkplatz

PARADIGMENWECHSEL?

Die Neuregelung des Sorgerechts für ledige Väter

Nur kurz nach dem Urteil aus Straßburg, Deutschland möge mehr Gerechtigkeit für ledige Väter schaffen, hat das Bundesverfassungsgericht (BVerG) nachgezogen und ihnen die Möglichkeit eingeräumt, das gemeinsame Sorgerecht ohne Zustimmung der Mutter zu beantragen und den Gesetzgeber angewiesen, hier entsprechend zu handeln. Wenn aber zwei das Gleiche sagen, bedeutet das nicht unbedingt dasselbe. Der Europäische Gerichtshof formuliert seine Aufforderung zum Sorgerecht für ledige Väter vorsichtig und stellt das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt. Das BVerG entschied plakativ und hat die grundsätzliche Kritik des EuGH an den Regelungen im bundesdeutschen Familienrecht nicht verstanden.

Gemeinsames Sorgerecht ist nicht - wie fälschlich auch genannt - geteiltes Sorgerecht. Das Kind kann ohne Unterschrift beider Eltern keine Kita, keine Schule besuchen, ohne beider Einverständnis keine Hilfe vom Jugendamt bekommen, auch medizinisch ist es von der elterlichen Einigkeit abhängig. Die juristische Verbundenheit durch das gemeinsame Sorgerecht kommt einer Eheschließung nahe. - Für ledige Eltern, die ihre Kinder

gemeinsam aufziehen, schafft das Urteil mehr Ausgleich und Gerechtigkeit.

Es war in diesen Fällen überragend, unverheiratete Eltern rechtlich gleichzustellen mit verheirateten Eltern. Warum aber durften ledige Väter nicht schon ab 1998 mit dem neuen Kindschaftsrecht allein das gemeinsame Sorgerecht beantragen? - Wie so oft lag das an einem tief verankerten, völlig überholten Familienbild mit dem Vater als Ernährer und der Mutter als Erziehungs kompetente qua Geschlecht.

Immer noch wird in Deutschland die Ehe steuerlich subventioniert - die Frau zuhause, Kinder kaum mitgedacht. Familien mit Kindern ohne Trauschein bezahlen deutlich mehr. Ein-Eltern-Familien, so *Der Spiegel* im Mai, bezahlen mit 31 % Sozialabgaben vom Gehalt im internationalen Schnitt das Doppelte. Vom Grundgesetz so gewollt? Artikel 6 nennt - nach damaligen Vorstellungen - den Schutz von Ehe und Familie in einem Zusammenhang, also

synonym. Gerade hier könnte das BVerG korrigieren mit Hinweis auf die veränderten Wirklichkeiten. Von der im gleichen Artikel beschriebenen Gleichstellung nichtehelicher Kinder mit ehelichen kann keine Rede



sein: Was ihren Unterhalt betrifft, zieht sich der Staat fast vollständig aus der Verantwortung. Bei ausbleibendem Unterhalt gibt es Unterhaltsvorschuss für maximal sechs Jahre und auch nur bis zum 12. Lebensjahr des Kindes. Unterhaltsunwillige werden selten konsequent in die Verantwortung geholt, der erziehende Elternteil damit häufig allein gelassen. Darin liegt übrigens eine der Ursachen der häufig beschriebenen Kinderarmut.

Auch hat bei uns die tatsächliche Vaterschaft offensichtlich eine untergeordnete Bedeu-

tung: Noch immer haben Ehemänner automatisch das Sorgerecht, auch wenn sie nicht der leibliche Vater sind. Dieser kann nur bürokratisch sehr kompliziert seine Vaterschaft eintragen lassen. Und dass der Vater allgemein keinen Einfluss auf Vaterschaftsfeststellung hat, kann im Konfliktfall bedeuten, dass die Problematik sich zulasten der Kinder verschiebt: Kein Vaterschaftseintrag, kein Sorgerecht - und Kinder erfahren nicht, wer ihr Vater ist. Dass das BVerG mehr die Väter als die Kinder im Blick hat, zeigt ein weiteres Beispiel: 2008 revidierte das BVerG in einem wichtigen Punkt seine Entscheidung zum Umgangsrecht: Der leibliche Vater kann den Umgang - gegebenenfalls mit Zwangsmaßnahmen - einklagen. Umgekehrt wurde es einem klagenden Kind verweigert, mit der Begründung, ein Vater, der nicht wolle, könne nicht gezwungen werden.

Aktiven und verantwortungsvollen Vätern, die sich dem

überholten Familienbild immer häufiger entgegenstellen, hilft das Urteil nur punktuell und einseitig. Sie sehen sich - wie Mütter - immer noch im Berufsleben massiven Benachteiligungen ausgesetzt. Nur 21 % aller Väter haben seit Einführung der Vätermonate in der Elternzeit diese auch wahrgenommen, meist nur die ihnen allein zustehenden Monate. Und das sogar im Schnitt kürzer als vor der Reform. Nach aktuellem Familienmonitor würden 60 % gerne Elternzeit nehmen. Hier muss der Gesetzgeber dringend aktiv werden. - Die Charité geht mit gutem Beispiel voran: seit 2009 gibt es hier den ersten deutschen Väterbeauftragten.

Um der sich veränderten Wirklichkeit von immer mehr ledigen Familien gerecht zu werden - mit aktiven und verantwortungsvollen Vätern mit ihren Kindern in einem Haushalt oder nicht - , kann die Neuregelung des Sorgerechts nur der Anfang sein. Andernfalls hat sich im Konfliktfall vor allem ein scharfes Instrument einfach nur ins Gegenteil gekehrt. Weiterhin zulasten der Kinder.

Martina Krahl

Mitglied im Berliner Vorstand des Verbands Alleinerziehender Mütter und Väter - VAMV

NEUES VOM BÜNDNIS FÜR FAMILIE PANKOW

Der neue Familienwegweiser ist ab Oktober erhältlich

Vor genau drei Jahren ging das lokale Bündnis für Familie Pankow im Rahmen der gleichnamigen bundesweiten Initiative an den Start.

Das erste Projekt, das dieses Netzwerk aus Initiativen, freien Trägern, Verwaltung, Institutionen, aber auch einfach Interessierten rund um Familie realisierte, war der Familienwegweiser Pankow. Er entstand 2008 in Kooperation mit dem Aperçu-Verlag und dem Jobcenter Pankow und gab den Familien im Bezirk Informationen an die Hand über alles, was sie brauchen und vor allem, wo sie es finden. Der Familienwegweiser Pankow ist sehr gut von den Familien angenommen worden - mehr



als die Hälfte kennt und nutzt ihn immer wieder.

Ab Oktober bekommen Familien jetzt die 2. aktualisierte Ausgabe. Das Bündnis hat es

sich zur Aufgabe gemacht, die Informationen des ersten Wegweisers nicht nur auf den neuesten Stand zu bringen, sondern zu ergänzen. Zwei

neue Kapitel sind dazu gekommen, die dem Familienbündnis wichtig waren: Ein Kapitel soll Familien mit Menschen mit Behinderung eine erste Orientierungshilfe geben. „Es ist allerdings nur eine Übersicht darüber, was es gibt und wo man mehr Infos bekommt. Pankow hat einen Beauftragten für Menschen mit Behinderung und eine eigene ausführliche Broschüre zum Thema“, so die Bündnissprecherin Sandra Scheeres. Auch gibt es ein extra Kapitel für Senioren. Aber nicht Angebote für Senioren stehen hier im Mittelpunkt, sondern generationsübergreifende Angebote. Auch das war dem Familienbündnis wichtig: Se-

nioren in ihrer Einbindung in die Familie, sowohl als Mütter und Väter erwachsener Kinder, die sie unterstützen und von denen sie unterstützt werden, als auch als Großeltern mit allen Potentialen und Aufgaben, die sie im Familienalltag wahrnehmen.

Ab Oktober 2010 ist die Broschüre wieder über die Bezirksämter, über freie Träger, über Institutionen, über Arzt- und Hebammenpraxen kostenfrei erhältlich oder über das Projektbüro: Bündnis für Familie Pankow c/o SFZ e.V., Dunckerstraße 15, 10437 Berlin. Tel. 65917066, E-Mail: info@bündnis-fuer-familie-pankow.de

„DIE DEUTSCHE EINHEIT – EIN HISTORISCHER GLÜCKSFALL!“

Interview mit Wolfgang Thierse anlässlich des 20. Jahrestages
der Wiedervereinigung am 3. Oktober

Herr Thierse, was bedeutet Ihnen die deutsche Einheit?

Ich empfinde sie als ein ganz großes persönliches Glück – und dieses Glücksempfinden hält bis heute an. Auch für unser Land ist die Wiedervereinigung ein historischer Glücksfall. Die Ostdeutschen haben sich die Freiheit in einer friedlichen Revolution erkämpft, erst dadurch wurde die Einheit möglich! Deutschland lebt heute mit all seinen Nachbarn in Frieden, auch das nenne ich ein historisches Glück! Denn wann hat es das je in der deutschen Geschichte gegeben?!

Laut einer Umfrage hält jeder zweite in den alten Bundesländern Ostdeutsche für „Jammer-Ossis“. Was sagen Sie zu diesem Vorwurf?

Zunächst einmal ist die ostdeutsche Unzufriedenheit Teil der allgemeinen deutschen Unzufriedenheit. Da sind wir Ostdeutschen gar nicht so speziell. Die Deutschen jammern alle gern. Hinzu kommt aber, dass die wirtschaftliche Lage in Ostdeutschland nach wie vor schwierig ist. Noch immer ist die Arbeitslosigkeit im Osten fast doppelt so hoch wie im Westen. Die Löhne, Gehälter und Renten sind niedriger. Gleichzeitig vergreisen ganze Landkreise, weil die jungen Menschen dahin gehen, wo es Ausbildungs- und Arbeitsplätze gibt. Das hinterlässt Spuren bei den Zurückbleibenden.

20 Jahre nach der friedlichen Revolution hat ein Drittel aller Westdeutschen noch nie den Osten besucht. Wie erklären Sie sich das?

Es ist traurig, dass die Neugier der Westdeutschen nicht so groß ist, in den anderen, aber auch wunderschönen Teil Deutschlands zu reisen. Wenn ich im Westen unterwegs bin, erzähle ich immer, Görlitz ist die schönste Stadt Deutschlands. Und es gibt kaum eine schönere Landschaft als die vielgestaltige und inselreiche Ostseeküste Mecklenburg-Vorpommerns. Das sage ich auch in Bremen, wo die



Wolfgang Thierse vor einer Ausstellung auf dem Alex

Nordsee nicht fern ist. Die Klischees vom „Jammer-Ossi“ und „Besser-Wessi“ hatten Anfang der neunziger Jahre eine gewisse Berechtigung. Aber inzwischen versperren sie den Blick auf die wirklichen Verhältnisse.

Welche Kriterien müssen erfüllt sein, um sagen zu können, die Einheit ist erreicht? Wann wird das sein?

Im Solidarpakt II haben wir einen Zeithorizont bis 2019 festgelegt. Bis dahin ist noch viel zu tun. Wir sollten uns aber auch immer wieder daran erinnern, woher wir kommen: Die Ost-Löhne lagen 1991 bei 46 Prozent des Westniveaus, heute liegen sie im Durchschnitt bei 83 Prozent. Die Arbeitnehmer, die nach Tarifvertrag bezahlt werden, kommen bereits auf 93 Prozent. Das heißt, die ostdeutschen Arbeitnehmer müssen sich mehr gewerkschaftlich organisieren und für Tarifverträge streiten. Auch im Westen gibt es unterschiedliche Wohlstandsniveaus. Man denke nur an die Unterschiede zwischen Schleswig-Holstein und Bayern oder zwischen Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Wenn

sich der Osten in diese Relation einfügt, haben wir eine Art Normalität erreicht.

Das sind alles in erster Linie wirtschaftliche Aspekte. Gibt es aus Ihrer Sicht Bereiche, wo es keine Unterschiede mehr zwischen Ost und West gibt?

Im demokratischen System der Bundesrepublik sind wir gleiche Bürger. Im Rechtssystem und bei Wahlen sind wir Gleiche. Wir haben die Chance, Menschen unserer Wahl in die Parlamente und Regierungen zu wählen. Wir können unsere Rechte einklagen, wenn wir sie verletzt sehen. Wir können unsere Meinung frei äußern und sie veröffentlichen.

Aber die meisten Führungspositionen in den neuen Bundesländern sind doch immer noch von Westdeutschen besetzt. In Ostdeutschland gibt es weniger Wohneigentum und Vermögen. Auch das sind wieder wirtschaftliche Aspekte. Der Umstand der ungleichen Verteilung von Führungspositionen und Eigentum erklärt sich aus der Vorgeschichte. In der DDR konnte man kein Eigentum bilden, da ist nichts zu erben gewesen. Erfahrungen im

marktwirtschaftlichen System konnte man ohnehin nicht sammeln. Revolutionen sind auch immer mit Elitenwechseln verbunden. In Westdeutschland ist hingegen eine Erbesgesellschaft entstanden, Reichtum konnte angehäuft werden. Die unterschiedlichen Eigentums- und Reichtumsvoraussetzungen wirken lange nach. So schmerzlich es ist, dass in der Wirtschaft, in den Medien und in der Wissenschaft die meisten Führungspositionen mit Westdeutschen besetzt sind, so gibt es auf der anderen Seite die Demokratie als Ausnahme. Da hatten die Ostdeutschen immer die Chance, Menschen ihrer Wahl in Führungspositionen zu wählen. Angela Merkel und Wolfgang Thierse sind dafür zwei Beispiele. Ich war mal der zweite Mann im Staat und eine Ostdeutsche ist jetzt Bundeskanzlerin.

Immer wieder wird öffentlich diskutiert, ob die DDR ein Unrechtsstaat war oder nicht. Jeder, der das anzweifelt, wird sofort aufs Heftigste kritisiert, zuletzt Lothar de Maizière, letzter Ministerpräsident der DDR. Was sagen Sie zu dieser Debatte? Welchen Begriff halten Sie für angemessen?

Seit 1990 werbe ich dafür, zu unterscheiden zwischen dem System namens DDR und den Menschen, die in diesem System gelebt haben. Das System ist gescheitert, aber nicht die Menschen.

Das Urteil über die DDR ist eindeutig: Die DDR war kein Rechtsstaat. Sie war eine Diktatur. Sie war ein System der Misswirtschaft, das deshalb am Ende auch zusammengebrochen ist. Aber in diesem System ist doch gelebt worden! Bunt und grau, leidenschaftlich und ängstlich, mit Witz und mit Unterwerfung, intelligent und dumm. Es ist eine absurde Situation: Jeder Versuch, genauer und differenzierter über die Geschichte der DDR zu urteilen, endet mit der Reduzierung auf diesen einen Begriff. Das erschwert eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der DDR.

Was meinen Sie damit?

Der Umgang mit der DDR-Geschichte leidet daran, dass sie vor allem in den 90er Jahren politisch und medial vermarktet worden ist als eine Skandalgeschichte von Feigheit und Verrat. Bis heute scheint sich die mediale – und leider allzu häufig auch die politische – Debatte auf die Stasi zu reduzieren. Darin geht die DDR-Geschichte aber nicht auf. Man begreift nur etwas richtig vom Charakter der DDR, wenn man nicht nur die Stasi betrachtet. Zur kritischen Auseinandersetzung gehört es, die Verantwortung der SED näher zu betrachten – schließlich war die Stasi „Schild und Schwert der Partei“ –, ebenso die Rolle der Blockparteien. Es sollte aber auch das ganz normale Alltagsleben dargestellt werden. Gerade für Jugendliche ist es einfacher zu verstehen, was die DDR ausgemacht hat, wenn sich die Wissensvermittlung nicht auf historische Daten beschränkt, sondern auch vermittelt wird, wie die Menschen gelebt haben. Was bedeutete es zum Beispiel für Schüler der Ossietzky-Oberschule in Pankow, in den 80er Jahren von der Schule verwiesen zu werden, weil sie die von der Solidarnosc-Bewegung angestoßenen Reformen befürwortet hatten? Konkrete Erinnerungen machen Geschichte lebendig.

Was ist für Sie die wichtigste Erfahrung aus den 20 Jahren, in denen Sie selbst aktiv Politik gestaltet haben?

Ich bin dankbar, die Demokratie und Freiheit, die wir uns zu DDR-Zeiten so sehr gewünscht haben, aktiv mitgestalten zu können – in meiner Partei, in meinem Wahlkreis, im Deutschen Bundestag. Sehr viel mehr Menschen sollten sich politisch einmischen, die Gestaltungsmöglichkeiten der Demokratie nutzen – auch wenn dies heißt, dicke Bretter zu bohren. Zu Hause zu sitzen, zu jammern und auf „die da oben“ zu schimpfen – das hat früher nichts gebracht und das nutzt auch heute nichts.

Das Interview führte
Susann Engert, MdB

SPD FORDERT SCHUTZ FÜR MIETER AM WASSERTURM – KEINE VERDRÄNGUNG DURCH NEUBAUTEN!



© Severin Höhmann

Am Wasserturm im Prenzlauer Berg: Ein Teil der Häuser aus den 60er Jahren soll abgerissen werden, damit ein weiteres Luxusprojekt entstehen kann, wie das „Kolle-Belle“.

In den vergangenen Wochen und Monaten hat sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Fläche der Wohnanlage am Wasserturm gerichtet, weil dort durch einen ortsbekanntem Projektentwickler der Teilabriss von Wohnhäusern und der Neubau von Eigentumswohnungen nach dem Beispiel „Kolle-Belle“ geplant wird. Pankower Sozialdemokraten treibt die Sorge um, dass hier durch Neubebauung und hohe Nachverdichtung eine massive Verdrängung älterer und altingesessener Bürger aus dem Quartier erfolgen wird.

Gemeinsam mit den Bezirksverordneten Klaus Mindrup und Roland Schröder aus der Pankower SPD-Fraktion hat Wolfgang Thierse deshalb kürzlich zu einem öffentlichen Termin eingeladen, um Medienvertreter und Anwohner vor Ort über die Bemühungen der Pankower SPD zur Sicherung dieser Wohnanlage zu informieren. Zahlreiche besorgte Anwohner waren dieser Einladung gefolgt.

Die beiden Bezirksverordneten berichteten, dass die SPD schon lange davor gewarnt habe, dass mit dem Auslaufen des Sanierungsgebietes Kollwitzplatz für diese Wohnanlage ein enormer Verwertungsdruck entstehen werde. Die SPD-Fraktion in der BVV forderte daher vor Jahren vom Bezirksamt entsprechende Schutzvorkehrungen zu treffen.

Allerdings sei die bezirkliche Verwaltung in dieser Angelegenheit damals untätig geblieben, führte Roland Schröder aus. Der zuständige Stadtrat im Pankower Bezirksamt, Herr Dr. Nelken, habe sich der Argumentation der SPD nicht angeschlossen. Deshalb sei die Wohnanlage, deren Fläche im Sanierungsgebiet mit einem Vermerk zur „Flächensicherung und Neuordnung“ versehen war, ohne baurechtliche Sicherung aus dem Sanierungsgebiet entlassen worden.

Zugleich hat das bezirkliche Stadtplanungsamt im Umfeld eine hochverdichtete Neubebauung genehmigt, was - wie am Beispiel Kolle-Belle zu sehen ist - „maximalen Beton auf minimaler Fläche“ bedeutet. Durch die späten Bemühungen des Stadtrates, mit der Aufstellung eines Bebauungsplanes im Juli 2010 wenigstens einen Totalabriss der Wohnanlage am Wasserturm zu verhindern, werden nun Bürgerbeteiligung und eine öffentliche Diskussion ermöglicht. Diese begrüßen Pankower Sozialdemokraten ausdrücklich. Gleichwohl bekräftigten Thierse, Schröder, und Mindrup ihre Vorstellung, dass bereits der Entwurf für den Bebauungsplan einen größtmöglichen Schutz der Bausubstanz, eine geringstmögliche Nachverdichtung und den Erhalt der großzügigen Freiflächen, Grünanlagen und Bäume hätte enthalten

müssen. Einer solchen Änderung des Entwurfs stimmten in der Juni-Sitzung der Pankower BVV aber nur die Bündnisgrünen und die SPD-Fraktion zu – „Die Linke“ folgte dem Kurs ihres Baustadtrates und beschloss einen Planentwurf, der eher den Vorstellungen potentieller Investoren entgegenzukommen scheint, als städtebauliche Vorstellungen, Mieterinteressen und Erhalt von Grün- und Freiflächen berücksichtigt.

Weiterhin müssen nach Überzeugung der Pankower Sozialdemokraten die Mieterinnen und Mieter effektiv gegen Verdrängung geschützt werden. Ein bewährtes und erprobtes Instrument ist die Festsetzung einer Umstrukturierungssatzung, die von der SPD-Fraktion in der Pankower BVV gefordert wird. Diesem Vorschlag sollten sich die anderen Fraktionen anschließen – Pankower Bezirkspolitik hat in anderen Wohnsiedlungen (grüne Stadt, Glasbrennerstraße) mit Sozialplanverfahren erreichen können, dass Mieterinnen und Mieter trotz Modernisierung dauerhaft in bezahlbaren Wohnungen verbleiben können.

Wolfgang Thierse forderte daher die bezirkliche Politik nachdrücklich auf, sich vor die betroffenen Mieterinnen und Mieter zu stellen, sie wirksam vor Verdrängung zu schützen und mit ihnen gemeinsam einen baurechtlichen Rahmen

für die Sicherung der Wohnanlage zu entwickeln. Lamentieren über Investoreninteressen, denen man die Wohnanlage überlassen müsse, helfe hier genauso wenig weiter wie Krokodilstränen, die Stadtrat Nelken um die bezahlbaren Wohnungen weint, die zu sichern er selbst versäumt habe. Auch wenn die Mieterinnen und Mieter nach dem Gespräch

hoffentlich weniger sorgenvoll in die Zukunft schauen können – es bleibt viel zu tun: bezirkliche Politik, Mieterinnen und Mieter, Anwohner und Nachbarn müssen gemeinsam für den Schutz der Wohnanlage kämpfen – Pankower Sozialdemokraten haben vor Ort verdeutlichen können, dass sie an der Seite der Mieterinnen und Mieter stehen. SH

ZWEI NEUE GRUNDSCHULEN ERÖFFNET!

Pünktlich zur Einschulung der diesjährigen ABC-Schützen am 28. August 2010 konnte der Bezirk zwei neue Grundschulen im Ortsteil Prenzlauer Berg eröffnen. Jeweils 52 Schulanfänger wurden in der 45. Grundschule, Danziger Straße 50, und in der 46. Grundschule, Senefelderstraße 6 (Eliashof), aufgenommen. Die 45. Grundschule in der Danziger Straße 50 wurde in den letzten Jahren für 5,4 Mio. Euro aus Mitteln der Städtebauförderung denkmalrechtgerecht saniert. In den kommenden Monaten können dort nochmals 450.000 Euro für die komplette Außenanlage verbaut werden. Die 46. Grundschule im Eliashof beginnt klein mit den dafür notwendigen Räumen

und Außenflächen und wird in den nächsten Jahren Schritt für Schritt weiter saniert, damit sich die Schule entsprechend der zunehmenden Schülerzahl ausdehnen kann. Kooperationspartner für den Schulhort ist das direkt angrenzende MachMit-Museum. Insgesamt wird an diesem mit der Musikschule Bela-Bartok gemeinsam zu entwickelnden Standort die musische Orientierung eine zentrale Rolle spielen.

Mit den beiden neuen Schulangeboten - der fünften und sechsten Grundschulneugründung in den letzten drei Jahren! - ist ein weiterer wichtiger Schritt zur bedarfsgerechten Grundschulversorgung in unserem wachsenden Bezirk getan. LZK

GROSSBAUSTELLEN RAUBEN PANKOWERN DEN LETZTEN NERV

Pankow ist derzeit eine einzige Großbaustelle. Überall sind die Straßen aufgerissen. Überall ist Stau. Die Schuld an dieser chaotischen und unkoordinierten Planung trägt der Pankower Verkehrsstadtrat Jens-Holger Kirchner (Grüne). „Wir begrüßen zwar grundsätzlich, dass die maroden Straßen in Pankow endlich gemacht werden“, sagt der Bezirksverordnete Torsten Hofer (SPD). „Aber man hätte die Bauabläufe zeitlich entzerren müssen und auch mit unserem Nachbarbezirk Reinickendorf, wo ebenfalls gebaut wird, besser absprechen müssen.“ Besonders unter den Baustel-

len zu leiden haben die Menschen, die täglich zur Arbeit müssen. Die Wege verlängern sich durch Umleitungen und lange Standzeiten infolge von Staus. Erhöhte Lärm- und Verkehrsbelastungen ergeben sich in den Nebenstraßen, durch die jetzt die Umleitungen geführt werden. Auch die Ampelschaltungen sind wenig durchdacht und vergrößern das Stau-Problem in den Stoßzeiten des Berufsverkehrs noch zusätzlich.

„Die Baustellen haben auch schon zu ersten Opfern unter den Gewerbetreibenden geführt“, beklagt Torsten Hofer. „Die Händler in der Breite Stra-



Aufgerissene Berliner Straße am S-Bahnhof Pankow

ße in Pankow müssen massive Umsatzeinbrüche verkraften. Einige mussten schon aufgeben.“

Ein Sondertopf des Senats soll Linderung verschaffen. Gewerbetreibende, die ihre Umsatzeinbrüche darlegen können, können eine finanzielle Unterstützung beim Senat beantragen. Ein Anspruch darauf besteht allerdings nicht. Die Vorsitzende der Interessengemeinschaft Alt-Pankow, die Pankower Rechtsanwältin Stephanie Draack, steht den Gewerbetreibenden mit Rat und Tat zur Verfügung: www.ig-alt-pankow.de.

TH

ENDLICH RICHTFEST!



Endlich entsteht in Französisch Buchholz eine neue Turnhalle.

Am 02. September 2010 war es soweit: Richtfest auf der Baustelle der Doppelsporthalle der Jeanne-Barrez-Grundschule in Französisch Buchholz, besser noch bekannt unter dem alten Namen 33. Grundschule Französisch Buchholz. Mit prominenter Beteiligung von

Staatssekretärin Claudia Zinke (SPD), zuständig für den Bereich Bildung, Jugend und Familie, Bezirksbürgermeister Matthias Köhne (SPD) sowie den für Hochbau und Schule zuständigen Stadträtinnen Christine Keil (Die Linke) und Lioba Zürn-Kasztantowicz

(SPD) wurde der Richtkranz hochgezogen.

Die Teilnahme dieser Personen ist kein Zufall, denn nur mit Hilfe aller konnte das Bauwerk in Angriff genommen werden. Der Bezirk Pankow hatte die Sporthalle seit vielen Jahren auf oberster Priorität seiner Investitionsplanung, konnte aber nicht investieren, da er gezwungen wurde, die Investitionsmittel zur Konsolidierung der bezirklichen Schulden einzusetzen.

Das Konjunkturprogramm II brachte die Lösung: Bezirk und Senatsfachverwaltung setzten sich dafür ein, dass die Halle in das Programm aufgenommen wurde.

Im nächsten Jahr wird also „Die Schule ohne Turnhalle“, die mit ihren Aktionen auch bundesweit Aufsehen erregt hatte, eine schöne, nagelneue Sporthalle haben. LZK

BUNDESREGIERUNG WILL STÄDTEBAUFÖRDERUNG HALBIEREN!

Was sich zunächst weit weg anhört, ist gerade für Pankow als ständig weiter wachsendem Bezirk, eine handfeste Katastrophe. Wurde in den Sanierungs- und Stadtumbau-Ost-Gebieten in den letzten 15 Jahren viel dafür getan, Wohnungen und Wohnumfeld aufzuwerten, musste in den letzten Jahren – nachdem der Sanierungszweck erfüllt wurde und die Menschen sich dort wohlfühlen und auch mit zunehmender Kinderzahl nicht an die Peripherie ziehen – die soziale Infrastruktur „nachgerüstet“ werden. Dieser Prozess ist lange nicht abgeschlossen. Und hier wird die geplante Kürzung ganz konkret: Grundschulen wie beispielsweise die Carl-Humann-Grundschule,

die Wilhelm-von-Humboldt-Schule oder die Grundschule am Planetarium sind in diesen Programmen auf den obersten Prioritäten und nun gefährdet. Auch Schliemann- und Kollwitzgymnasium profitieren bisher noch von den Städtebauförderungsmitteln und sind längst nicht fertig. Existentiell gefährdet wäre die Hufelandschule in Buch, eine sehr nachgefragte Sekundarschule die auf Priorität 1 des Bucher Stadtumbau-Ost-Gebiets steht. Die CDU/CSU/FDP-Koalition scheint wieder einmal nicht zu wissen, was sie wirklich tut und treibt damit die Kommunen, die alle längst am Ende ihrer finanziellen Möglichkeiten angekommen sind, weiter in eine ausweglose Schuldenspirale. LZK

EINE ZWEITE GEMEINSCHAFTSSCHULE FÜR PANKOW!

Die Projektvereinbarung für die zweite Pankower Gemeinschaftsschule, die Tesla-Schule, Rudi-Arndt-Straße 18 / Conrad-Blenkle-Straße 52 wurde am 17. August 2010 feierlich unterzeichnet.

Die Staatssekretärin für Bildung, Jugend und Familie, Claudia Zinke (SPD), die Pankower Bezirksstadträtin für Gesundheit, Soziales, Schule und Sport, Lioba Zürn-Kas-

ztantowicz (SPD), und der Schulleiter der Tesla-Schule, Heiko Kammigan, setzten ihre Unterschrift unter die Vereinbarung, in der die Leistungen festgeschrieben sind, die Senat, Schule und Bezirk zum Gelingen dieses Pilotprojekts beitragen werden.

Bereits im jetzt begonnenen Schuljahr startete die Tesla-Schule aufbauend ab Klasse 7 als Gemeinschaftsschule. Die

Grundstufe wird mit Klasse 1 im Schuljahr 2011/12 beginnen. Derzeit läuft die Planung für die bauliche Instandsetzung des maroden Gebäudes in der Conrad-Blenkle-Straße 52 sowie für eine neue Sporthalle auf Hochtouren. Die Senatsverwaltung für Finanzen hat dem Bezirk die notwendigen Mittel dafür in Aussicht gestellt.

„Die bestehende Gemein-

schaftsschule „Wilhelm-von-Humboldt“ hat gezeigt, dass es eine große Nachfrage in bildungsorientierten Familien nach innovativen Schulformen, insbesondere Gemeinschaftsschulen gibt“, erklärt Schulstadträtin Lioba Zürn-Kasztantowicz (SPD). „Auch viele Privatschulen wollen sich explizit als Gemeinschaftsschulen organisieren. Deshalb ist es mir

völlig unverständlich, warum konservative Kreise immer noch so tun, als sei dies alles Teufelszeug – nein! – genau dies wird für viele unserer Kinder und Enkel die richtige Schulform sein, in der sie genau das lernen, was sie für ihr späteres Leben an Wissen und den verschiedensten sozialen Kompetenzen in einer internationalen Gesellschaft brauchen!“ SE

HEIDEKRAUTBAHN: SPD FORDERT WIEDERINBETRIEBNAHME DER STAMMSTRECKE –

über Blankenfelde, Rosenthal und Wilhelmsruh nach Gesundbrunnen!

Die Heidekrautbahn verbindet seit 1901 den Berliner Norden mit den Brandenburger Umlandgemeinden. Durch den Bau der Berliner Mauer wurde die an der Grenze verlaufende Strecke zwischen Wilhelmsruh und Blankenfelde für den Personenverkehr stillgelegt. Seitdem wird der Personenverkehr über die bereits 1950 neu errichtete Umgehungsstrecke

geschwindigkeit von 50 auf 80 km/h erhöht, was die täglich ca. 3.000 Fahrgäste zu schätzen wissen. Seit dem Jahr 2005 ist die NEB auch wieder Betreiber der Strecke, da sie die Ausschreibung des VBB für sich entscheiden konnte.

Noch nicht entschieden wurde hingegen über die Wiederinbetriebnahme der früheren Stammstrecke der Heidekraut-

Dornröschendasein, während zwischen PankowPark und Wilhelmsruh auf ca. 1.800 Metern die Gleisverbindung fehlt.

SPD will die Heidekrautbahn

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) hat sich bereits vor neun Jahren für den Wiederaufbau und die Bestellung entsprechender Fahr-

Stammstrecke der Heidekrautbahn und fordert erneut die Bestellung mindestens stündlich verkehrender Regionalbahnen zwischen Gesundbrunnen und Basdorf über Wilhelmsruh, Rosenthal, Blankenfelde, Schildow, Mühlenbeck mit Errichtung eines Haltepunktes am Wilhelmsruher Damm, um so die Verkehrsanbindung im Norden des Bezirks zu verbessern. Die notwendigen Investitionen für die Infrastruktur würde die NEB im Gegenzug vorfinanzieren, offen ist der Anteil für ca. 800 Meter fehlende Strecke auf Seiten der Deutschen Bahn AG.

Gutachten liegen vor und sind positiv

Bereits seit Herbst 2009 bzw. Januar 2010 liegen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zwei umfangreiche Kosten-Nutzen-Untersuchungen zur Wirtschaftlichkeit mehrerer Varianten vor. Hierbei wurden auch verschiedene Alternativen der Reaktivierung der Stammstrecke über Wilhelmsruh nach Gesundbrunnen jeweils mit und ohne Aufrechterhaltung des Betriebes auf dem Streckenabschnitt Schönwalde-Karow untersucht. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass die Reaktivierung der Stammstrecke sich rechnet, wenn auf einen Umsteigebahnhof Mühlenbeck-Mönchmühle verzichtet wird. Damit liegt die erforderliche Wirtschaftlichkeitsberechnung vor.

Senat und Brandenburg sind gefordert

Das Land Brandenburg hat bereits seine Zustimmung für den Aufbau der alten Stammstrecke signalisiert. „Wir stehen der Forderung, die Stammstrecke wieder aufzubauen, positiv gegenüber“, sagte Rainer Bretschneider, Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur, der Berliner Zeitung.

„Dies würde Bürgern beider Länder einen echten Zusatznutzen bringen.“ Das bestätigte unlängst auch Christian Gaebler als verkehrspolitischer Sprecher der SPD im Abgeordnetenhaus von Berlin. Fest steht also, dass über Partei- und Ländergrenzen hinweg Zustimmung besteht, die nur in die Tat umgesetzt werden müsste.

Nun sind also der Senat von Berlin und das Land Brandenburg gefragt. Sie müssen sich „nur“ noch über die Bestellung entsprechender Fahrleistungen und die Beteiligung an den verbleibenden Investitionskosten verständigen.

Hierzu könnten zum Beispiel die einbehaltenen Mittel aus den Minderleistungen der S-Bahn eine sinnvolle Verwendung finden. Vor allem aber ist 20 Jahre nach dem Mauerfall endlich eine klare Entscheidung gefordert. Keine weiteren Hängepartien mehr, wünscht sich die SPD im Bezirk Pankow.

RS/LK



© Roland Schröder

Die Heidekrautbahn fährt derzeit von Groß Schönebeck bis Karow.

von und nach Berlin-Karow durchgeführt. Seit dem Jahr 1998 wurde die Strecke nach und nach von der Niederbarnimer Eisenbahngesellschaft (NEB) erworben. In den Jahren von 1999 bis 2002 wurden die Strecke zwischen Berlin-Karow und Groß Schönebeck sowie die zugehörigen Bahnhöfe saniert und die Streckenge-

bahn, die von Berlin-Wilhelmsruh über das Märkische Viertel, Rosenthal, Blankenfelde, Schildow, Mühlenbeck verläuft und sich in Basdorf mit der derzeit genutzten Umgehungsstrecke vereint. Außer gelegentlichen Museumsfahrten und Güterverkehr zum PankowPark, insbesondere zur Firma Stadler, fristet die Strecke derzeit ein

Leistungen ausgesprochen. Die Realisierung lässt bis heute auf sich warten. Deshalb hat sich die Fraktion der SPD dieses Themas erneut angenommen und einen Antrag eingebracht, der mit sehr großer Mehrheit angenommen wurde. Dieser neue Beschluss der BVV unterstreicht unmissverständlich das Ziel des Wiederaufbaus der

EFEU JA, GRAFFITI NEIN!

Pankower Schlossparkmauer soll begrünt werden

Pankow ist ein schöner Bezirk mit attraktiven Grünanlagen. Insbesondere der Pankower Schlosspark in Niederschönhausen stellt ein Kleinod dar. Jedoch wird der Spaziergenuss in der Anlage erheblich geschmälert durch die Graffiti-Schmierereien, die seit Jahren an der Schlossparkmauer aufgesprüht sind.

Vor ein paar Jahren wurde die Schlossparkmauer im Zuge der Sanierungsarbeiten am Schloss Schönhausen für viel

Geld in Stand gesetzt. Die Mauer wurde glatt verputzt und mit einem hellen weißen Anstrich versehen. Klar, dass sich die Graffiti-Sprüher da nicht zweimal bitten ließen! Innerhalb weniger Nächte verschandelten sie die Mauer. Den Bezirksparlamentariern war dies ein Dorn im Auge: „Wir haben uns im Umweltausschuss nach einem Jahr ausgiebiger Beratung darauf verständigt, dass die Schlossparkmauer so nicht bleiben



© Thorsten Hofer

Graffiti an der Schlossparkmauer

kann. Sie muss umgestaltet werden. Sie soll mit Rankpflanzen begrünt werden, um

sie so wirksam vor Graffiti zu schützen. Außerdem befürworten wir einen weiteren torbewehrten Zugang zum Schloss Schönhausen, durch den die alte Sichtachse von der Schlossallee aus wiederhergestellt wird“, erklärt Torsten Hofer, Bezirksverordneter aus Pankow.

Aus Sicht der Bezirksverordneten lassen sich diese Vorschläge ohne Weiteres mit dem Denkmalschutz in Einklang bringen. „Denkmalschutz gilt

nicht absolut, sondern ist einer Abwägung zugänglich“, so Hofer weiter. „Abzuwägen sind das Interesse am Erhalt des Status quo mit dem Interesse der Pankower Wohnbevölkerung sowie der Touristen an einer schön anmutenden öffentlichen Grünanlage, in der man sich gerne aufhalten möchte und Kraft für den Tag tanken kann. Das Ergebnis dieser Abwägung fällt klar zu Gunsten einer Mauer-Neugestaltung aus.“

TH

PARTI SOCIALISTE IN BERLIN – DIE FRANZOSEN KOMMEN...

Nachdem im März diesen Jahres eine Delegation der Pankower SPD unsere Freunde der Parti Socialiste (PS) im 11. Arrondissement in Paris besucht hat, starten unsere Kameraden der PS im Oktober ihren Gegenbesuch.

War es für uns der Wunsch, unsere Pariser Freunde bei den Regionalwahlen im Frühjahr 2010 in Frankreich tatkräftig zur Seite zu stehen und uns aktiv am Wahlkampf zu beteiligen, werden unsere Freunde

uns anlässlich des 20. Jahrestages der Wiedervereinigung besuchen.

Im Vordergrund stehen selbstverständlich die Feierlichkeiten zum 03. Oktober. Neben dem Besuch des Berliner Abgeordnetenhauses und der Mauerdenkstätte an der Bernauer Straße werden wir auch der Denkstätte Hohenschönhausen (ehemaliges Gefängnis der Staatssicherheit der DDR) einen Besuch abstatten. Wie bei jedem Austauschtreffen

steht ein thematischer Arbeitsschwerpunkt im Mittelpunkt. Dieses Mal ist es „Genderpolitik“ (geschlechtergerechte Politik). So warten wir gebannt auf die Diskussionsrunde in den Räumlichkeiten in der sogenannten Weiberwirtschaft. Wer an dem Programm teilnehmen und mitdiskutieren möchte, ist herzlich willkommen.

Nähere Informationen:
Ralf Wedler,
E-Mail: ralf.wedler@t-online.de

100 JAHRE CARL-VON- OSSIETZKY-GYMNASIUM

Am 5. Januar 1911 fand in dem rund 46 000 Einwohner zählenden Berliner Vorort Pankow die feierliche Einweihung eines Schulbaus statt. Die überaus schnelle Entwicklung Pankows und der infolge dessen entstandene Mangel an geeig-

neten Schulräumen veranlasste die Gemeindevertretung, in ihrer Sitzung vom 7. Juli 1908 den Bau einer höheren Mädchenschule, eines Lehrerinnenseminars nebst Übungsschule sowie dreier Gemeindedoppelschulen nach den Entwürfen von

Regierungsbaumeister Carl Fenten einstimmig zu beschließen und die erforderlichen Mittel zu bewilligen.

„Die Bebauung ist so erfolgt, dass der Zugang zur höheren Mädchenschule und zum Seminar sowie der damit verbundenen Übungsschule von der Görtschstraße, der Zugang für die Mädchen der Gemeindedoppelschulen von der Neuen Schönholzer Straße und für die Knaben der Gemeindedoppelschulen von der Wollankstraße aus erfolgt. Durch diese Verteilung ist eine Überlastung des Straßenverkehrs bei Schulschluss ausgeschlossen“, heißt es in einem Artikel vom Regierungsbaumeister a.D. Carl Fenten, Vorstand des Hochbau- und Baupolizei-Amtes aus dem Jahre 1911. (Anm. des Verfassers: Das Pankower Tiefbauamt könnte hier viel lernen!)

Die Höhere Mädchenschule nahm 1910 ihren Lehrbetrieb auf und erhielt 1914 den Namen „Richard-Wagner-Lyceum“. 1935 wurde sie „Anna-Magdalena-Bach-Schule“, ab 1951 EOS „Carl-von-Ossietsky“ und seit 1991 „Carl-von-Ossietsky-Gymnasium“. Die Schule in der Görtschstraße 42 gehört seit jeher zu den traditionsreichen und anerkannten Gymnasien unserer Stadt.

Am 25. September findet im „Carl-von-Ossietsky-Gymnasium“ eine große Schulfeier mit ehemaligen Schülern und Lehrern statt. AL



Eindrucksvolle Fassade im Stil der deutschen Spätrenaissance

STRASSENLEXIKON:

Garbátyplatz



Schaut man heute aus der S-Bahn auf den Bahnhofsvorplatz in Pankow, bietet sich kein schönes Bild – das seinem Namensgeber im jetzigen Zustand nicht gerecht wird. Eigentlich würdigt der Garbátyplatz den Pankower Josef Garbáty, einen „sozial engagierten Pankower Unternehmer“, wie es heute auf der Gedenktafel heißt. Den Namen erhielt der Vorplatz erst im Zuge der U2-Verlängerung im Jahr 2000.

Der heute weitgehend unbekannt Name ist verbunden mit einer wechselhaften Geschichte. Garbáty fing klein an: 1879 begann er, Zigaretten in Heimarbeit herzustellen. Zwei Jahre später gründete er sein Zigarettenunternehmen in der Schönhauser Allee, ab 1906 produzierte er dann in den Fabrikgebäuden an der Pankower Hadlichstraße unweit des S-Bahnhofs. Über die Zeit konnte Garbáty ein beachtliches Unternehmensimperium aufbauen und brachte es sogar zum königlich-sächsischen Hoflieferanten. Doch nicht nur das. Er machte sich auch dadurch einen Namen, weil er sich besonders für seine Arbeiter einsetzte und ihnen gute Arbeitsbedingungen ermöglichte. Seine bald über 1.000 Beschäftigten waren bereits acht Jahre vor Einführung der staatlichen Arbeitslosenversicherung versichert, in der Kantine wurde Frühstück und Mittag ausgegeben und regelmäßig veranstaltete Garbáty Bälle für seine Arbeiter. Garbáty engagierte sich aber auch darüber hinaus, z.B. unterstützte er großzügig das Jüdische Waisenhaus in der Berliner Straße.

Die Machtergreifung der Nazis 1933 bedeutete schwere Zeiten für die Unternehmerfamilie mit jüdischen Wurzeln. 1938 wurde das Unternehmen zwangsverkauft, wodurch die Familie ihren gesamten Berliner Grundbesitz verlor. Während seine beiden Söhne in die USA auswanderten, lebte Josef Garbáty bis zu seinem Tod 1939 in seiner Pankower Villa. Beerdigt wurde er auf dem Jüdischen Friedhof in Weißensee.

Trotz der Wiederaufnahme der Zigarettenproduktion nach Kriegsende verschwand der Name Garbáty 1968 mit der Überführung in einen VEB aus dem Stadtbild. In den 90-er Jahren wurde die Produktion in Pankow endgültig eingestellt. Der Name Garbáty erfuhr erst im neuen Jahrtausend seine verdiente Aufmerksamkeit wieder. LK

MACHEN SIE MIT!!!

Die SPD engagiert sich vielfältig auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene für die Menschen in unserem Land. Auch in den einzelnen Kiezen Berlins ist die SPD zum Wohle aller aktiv.

Werden auch Sie Teil unserer großen Gemeinschaft und gestalten Sie unsere Zukunft mit. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, sich zu engagieren. Einen ersten Kontakt können Sie über unser Kreisbüro oder auch per E-Mail aufnehmen:

SPD Kreisbüro Berlin NordOst (Pankow)

Berliner Straße 30, 13187 Berlin

Tel. 030 - 96 20 96 60

E-Mail: manfred.moldenhauer@spd.de

Internet: www.spd-berlin-nordost.de

Kindertipp:

VERBESSERT UNSER PANKOW!

Kinder, Jugendliche, Lehrer und Gruppenleiter aufgepasst: Zum dritten Mal startet die Jugendjury Pankow die Ausschreibung „Verbessert unser Pankow!“ für Kinder und Jugendliche. Mit diesem Projekt können sie eigene Ideen für Pankow entwickeln und vor allem auch umsetzen. Die Initiative kommt von der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin und wird in Kooperation mit dem Netzwerk Spiel/Kultur und der Pankower Beauftragten für politische Bildung und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen, Jeanette Münch, durchgeführt.

Mädchen und Jungen im Alter zwischen 8 und 21 Jahren können am praktischen Beispiel erfahren, wie genau Projekte mit Bürgerbeteiligung Schritt für Schritt geplant, kalkuliert und umgesetzt werden. Es ist eine von vielen Aktivitäten, mit denen Kinder erleben können, wie unterschiedlich und vielfältig Beteiligung in einer Demokratie ist. Der Ausschreibung



Der Abenteuerspielplatz an der Marie - ein Beispiel für einen mit intensiver Bürgerbeteiligung entstandener Spielplatz

folgt – wie im „wahren“ Leben die Präsentation der besten Ideen und dann natürlich auch die Prämierung. Das Gewinnerprojekt bekommt dieses Mal 300 Euro für die Umsetzung. Kinder, Gruppen und Klassen, die mitmachen wollen, haben dieses Mal bis zum 22. September die Möglichkeit, ihre Idee mit Umsetzungsplan und Kalkulation abzugeben. Am 29. September können sie ihr Projekt der Kinder- und Jugendjury

in einer Präsentation vorstellen. Die Jury besteht aus Teilnehmern der sich bewerbenden Projekte. Sie entscheiden selbst, wer gewinnt. Erlaubt ist dabei, was gefällt: Illustrationen mit Wort, Schrift, Ton, aber auch Videomaterial, Modelle, selbst gedrehte Filme oder auch Tanz. Kinder und Jugendliche sind aufgefordert, ihrer Kreativität freien Lauf zu lassen und die Jury damit zu überzeugen. Das Gewinnerprojekt wird

bis 20. November umgesetzt. Und auch, wenn Ihr es dieses Mal nicht schafft, weil wir Euch die Idee leider nur zeitlich sehr knapp vorstellen können: Schaut wieder mal nach auf der Seite des Pankower Bezirksamtes unter: <http://www.berlin.de/ba-pankow/verwaltung/jugend/politische-bildung.html>. Hier findet Ihr auch die Unterlagen und alles, was Ihr für diese Ausschreibung braucht. MK

BUCHTipp: „STADT DER ENGEL oder THE

OVERCOAT OF DR. FREUD“ von Christa Wolf



Christa Wolf hat mit „Stadt der Engel“ ein großes Alterswerk geschaffen. Noch einmal begibt sich die Autorin auf Spurensuche – durch die eigene Biographie und die Geschichte des 20. Jahrhunderts. Den Rahmen der Handlung bildet ihr Aufenthalt in Los Angeles als Stipendiatin der Getty Foundation zu Beginn

der 90er Jahre. Dort will sie dem Schicksal einer gewissen L. nachforschen, die vor den Nazis in die USA emigriert war und deren Briefe sie aus dem Nachlass einer verstorbenen Freundin erhalten hat.

Doch diese Arbeit wird durch Befragungen in „eigener Sache“ überlagert. Kurz vor ihrer Abreise hatte Christa Wolf Einsicht in ihre umfangreichen Stasi-Akten nehmen können, darunter auch in eine schmale „Täterakte“ aus dem Jahre 1959. Ihr standen die Haare zu Berge: Das hatte sie vergessen, an diese Vorgänge hatte sie keinerlei Erinnerung! Und sie ahnte zugleich, wie unglaublich diese Antwort klingt, gerade in ihrem Fall. Sie war es doch, die zu DDR-Zeiten die „Erkundung der blinden Flecken der Vergangenheit“ als vordringliche Aufgabe von Literatur beschrieben hatte. Die Erzählerin wühlt im fremden Los Angeles

in den eigenen Erinnerungen. Sie kämpft an gegen quälende Selbstzweifel und Schuldgefühle, während das Faxgerät immer neue „Enthüllungartikel“ und Skandalberichte ausspuckt.

Das Bemerkenswerte an dem neuen Buch von Christa Wolf besteht aber keineswegs darin, dass sie über ihre „Täterakte“ spricht. Diese hat sie längst vollständig veröffentlicht, zusammen mit Auszügen aus den zahllosen Spitzelberichten über sie selbst. Das Besondere des Buches besteht vielmehr darin, wie es der Autorin gelingt, Autobiographie und Zeitgeschichte in einem virtuos Geflecht miteinander zu verbinden.

Christa Wolf hat ein wichtiges und notwendiges Buch geschrieben, das sich den einfachen Antworten und Urteilen entzieht. Der Roman „Stadt der Engel“ ist von staunenswerter Radikalität – eine

Inventur eigener Lebenserfahrungen, der Entstehung und Veränderung politischer und weltanschaulicher Überzeugungen, der Erosion eines ehemals so klaren Weltbildes. Es ist ein Buch des Abschieds: quälend und traurig und ironisch und heiter zugleich.

Wolfgang Thierse

Christa Wolf: „STADT DER ENGEL oder THE OVERCOAT OF DR. FREUD“, Suhrkamp, Berlin 2010, 416 S., 24,80€



TERMINE

Falkplatzfest der SPD
Samstag 18. September
14 bis 19 Uhr
(bei den Seelöwen)

„Thierse trifft...“

19. Oktober 2010
Hans-Otto Bräutigam,
Politiker

02. November 2010
Salomea Genin, Autorin

09. November 2010
Sr. Dr. Lea Ackermann,
Theologin

16. November 2010
Jürgen Tarrach,
Schauspieler

14. Dezember 2010
Prof. Dr. Heinrich-August
Winkler, Historiker

11. Januar 2011
Ursula Winkler,
Schauspielerin

18. Januar 2011
Ulrich Matthes,
Schauspieler

Alle Veranstaltungen finden im Soda-Salon in der Kulturbrauerei, Eingang Knaackstraße oder Sredzkistraße in Berlin-Prenzlauer Berg statt.

Beginn jeweils 19.30 Uhr. Der Eintritt ist frei!

Weitere Infos:
www.thierse.de

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD Kreisverband NO, www.spd-berlin-nordost.de, Berliner Straße 30, 13189 Berlin, Telefon: 96209660

Auflage: 10.000 Exemplare

ViSdP: Alexander Götz

Redaktion: Susann Engert, Martina Krahl, Lucas Koppehl, Ralf Wedler

Autoren: Torsten Hofer, Roland Schröder, Alex Lubawinski,

Lioba Zürrn-Kaszantowicz

verbum GmbH

Satz: Druckhaus Schöneeweide

Druck: